



UWE LEIN / AP

Politikerin von der Leyen (in einer Kita in München): „Gleichstellung als Erfolgsstrategie“

REGIERUNG

Der neue Mensch

Unter dem Begriff „Gender Mainstreaming“ haben Politiker ein Erziehungsprogramm für Männer und Frauen gestartet. Vorn dabei: Familienministerin Ursula von der Leyen.

Der Nationalpark Eifel ist ein schöner Flecken Erde zwischen Bonn und Aachen. Lichte Buchenwälder wechseln sich ab mit duftenden Heidewiesen. Es ist ein Ort, an dem alle Menschen gleichermaßen Ruhe und Erholung finden, Männer wie Frauen; ein Ort, so möchte man meinen, wo der Geschlechterkampf pausiert.

Das Umweltministerium Nordrhein-Westfalen traute dem Frieden nicht und schickte ein Expertenteam los, eine Soziologin, eine promovierte Ökotoxikologin, sie hatten einen wichtigen Auftrag: „Gender Mainstreaming im Nationalpark Eifel – Entwicklung von Umsetzungsinstrumenten“. Das klingt kompliziert, aber dahinter stand die Überzeugung, dass Sexismus nicht vor den Grenzen eines Naturschutzgebiets haltmacht.

Nach elf Monaten Arbeit legte das Forscherteam einen 67-seitigen Abschlussbericht vor. Es empfahl zum Beispiel, Bilder von der Hirschbrunft möglichst aus Werbroschüren zu streichen, denn so etwas fördere „stereotype Geschlechterrollen“. Die Landesregierung überwies 27 000 Euro für die Studie.

Man könnte die Sache für das Ergebnis einer übereifrigen Bürokratie halten, wäre da nicht diese merkwürdige Wendung „Gender Mainstreaming“. Die Spitzenleute im Kanzleramt kennen sie ebenso wie die Angestellten in Rathäusern und Kreisämtern, sie ist eingedrungen in die Verwaltung des Staates, leise, aber mit beträchtlicher Wirkung. Gender Mainstreaming ist Leitprinzip für alle Bundesbehörden, so steht es in der Geschäftsordnung der Regierung, zwölf Bundesländer sind mit ähnlichen Regelungen nachgezogen, das CSU-regierte Bayern genauso wie der rot-rote Berliner Senat.

Vor allem Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) ist die Sache ein Anliegen. In ihrem Haus gibt es ein eigenes Referat Gender Mainstreaming und Antidiskriminierung, das Thema nimmt auf der Internet-Seite des Ministeriums breiten Raum ein. Gleich zu Amtsbeginn beklagte die neue Ressortchefin: „Mit Gender Mainstreaming hinken wir der internationalen Entwicklung hinterher.“

Was aber bedeutet Gender Mainstreaming, ein Begriff, der inzwischen so verbreitet ist, dass die Redaktion des Duden

ihn vor kurzem in die 24. Ausgabe aufgenommen hat?

Hinter dem sperrigen Anglizismus steckt mehr als klassische Frauenförderung, wie sie die Gleichstellungsbeauftragten im Sinn haben, die es heute in jeder größeren Verwaltung gibt. Gender Mainstreaming will nicht nur die Lage der Menschen ändern, sondern die Menschen selbst.

Das englische Wort „Gender“ beschreibt die erlernte Geschlechterrolle, es drückt die Vorstellung aus, dass Männer und Frauen sich nur deshalb unterschiedlich verhalten, weil sie von der Gesellschaft dazu erzogen werden. Das ist kein neuer Gedanke, Simone de Beauvoir schrieb schon 1949: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es.“

Neu ist, dass die Idee Eingang in die Politik gefunden hat, und dort entfaltet sie eine tiefgreifende Wirkung. Denn wenn das Geschlecht nur ein Lernprogramm ist, dann kann man es im Dienst der Geschlechtergerechtigkeit auch umschreiben. Das ist ein Ziel des Gender-Mainstreaming-Konzepts. Nach dem Antidiskriminierungsgesetz ist dies nun das zweite gesellschaftspolitische Projekt von Rot-Grün, das unter der neuen Bundesregierung mit Elan weiterbetrieben wird.

Wer eine Vorstellung davon bekommen möchte, wie Gender Mainstreaming in der Praxis funktioniert, muss bei Ralf Puchert vorbeischauchen. Puchert hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, einen anderen Mann zu formen, er verfolgt den Gedanken, seit er in den achtziger Jahren an der TU Berlin studiert hat. 1989 schloss er sich mit vier anderen Pädagogen aus seiner

Männergruppe zusammen und gründete „Dissens“, einen Verein für eine „aktive Patriarchatskritik“.

Inzwischen sind die meisten Männergruppen im Orkus der Zeitgeschichte verschwunden, Dissens aber ist ein florierender Betrieb mit 20 Mitarbeitern, eine Art Allzweck-Anbieter für progressive Geschlechterarbeit. Die späte Blüte verdankt der Verein auch dem Umstand, dass Gender-Mainstreaming-Projekte seit einigen Jahren großzügig gefördert werden; Aufträge kamen schon von der Stadt Berlin, der Bundesregierung, der EU-Kommission.

Spezialgebiet des Vereins ist Jungenarbeit. Von dieser hat Dissens eine sehr eigene Vorstellung, denn es geht dabei auch darum, Jungs früh zu Kritikern des eigenen Geschlechts zu erziehen. Es gibt ein einprägsames Beispiel, wie die Gender-Theorie Eingang gefunden hat in die angewandte Pädagogik.

So spielten Dissens-Mitarbeiter bei einer Projektwoche mit Jungs in Marzahn einen „Vorurteilswettbewerb“, an dessen Ende die Erkenntnis stehen sollte, dass sich Männer und Frauen viel weniger unterscheiden als gedacht. Es entspann sich eine heftige Debatte, ob Mädchen im Stehen pinkeln und Jungs Gefühle zeigen können, Sätze flogen hin und her. Am Ende warfen die beiden Dissens-Leute einem besonders selbstbewussten Jungen vor, „dass er eine Scheide habe und nur so tue, als sei er ein Junge“, so steht es im Protokoll.

Einem Teenager die Existenz des Geschlechtsteils abzusprechen ist ein ziemlich verwirrender Anwurf, aber das nahmen die Dissens-Leute in Kauf, ihnen ging es um die „Zerstörung von Identitäten“,

wie sie schreiben. Das Ziel einer „nicht-identitären Jungenarbeit“ sei „nicht der andere Junge, sondern gar kein Junge“.

Gender Mainstreaming ist eine Reaktion auf die Klage vieler Feministinnen in den neunziger Jahren, dass die traditionellen Instrumente der Frauenförderung nicht ausreichten. Deswegen sollen nun Gleichstellungsbemühungen in alle Bereiche des öffentlichen Lebens Einzug halten, man will in den „Mainstream“ staatlichen Handelns und dabei auch Männer dazu bringen, auf Macht und Einfluss zu verzichten. „Gender Mainstreaming“ sei ein Projekt, „das die Privilegien von Männern als sozialer Gruppe in Frage stellt“, sagt Sabine Hark, eine der führenden Gender-Theoretikerinnen in Deutschland.

Seit gut anderthalb Jahren finanziert das Bundesfamilienministerium die Aktion

„Neue Wege für Jungs“, eine Art Berufsberatung für männliche Teenager. Es ist eine Reaktion auf den „Girls' Day“, den es schon länger gibt und mit dem junge Mädchen dazu gebracht werden sollen, Berufe wie Ingenieur oder Techniker zu lernen und sich nicht auf klassische Frauenberufe wie Altenpflegerin oder Friseurin zu beschränken. Es ist eine sinnvolle Sache.

Auf den ersten Blick erscheint auch „Neue Wege für Jungs“ durchaus vernünftig, die Macher werben mit Postern, auf denen lässige Teenager einer fröhlichen Zukunft entgegenblicken. Eigenartig ist nur, dass „Neue Wege für Jungs“ den männlichen Schulabgängern genau jene Pflege- und Sozialberufe empfiehlt, zu denen man Mädchen nicht mehr raten will, weil sie zu geringe Karriereaussichten bieten.

Es ist unbestritten, dass in Deutschland von echter Gleichberechtigung keine Rede



Feministinnen (1975 in Bonn): „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es“

sein kann. In den Vorständen der 30 Dax-Unternehmen sitzt keine einzige Frau, nur acht Prozent der Professuren in der höchsten Besoldungsgruppe sind weiblich besetzt, und Männer verdienen in vergleichbaren Positionen in Großunternehmen im Schnitt immer noch 23 Prozent mehr als ihre Kolleginnen.

Die Frage ist nur, ob Gender Mainstreaming die richtige Antwort darauf ist. Denn es ist ein Unterschied, ob der Staat sich darum bemüht, Benachteiligungen mit gezielter Förderung zu beseitigen – oder ob er sich herausnimmt, neue Rollenbilder für die Menschen zu entwickeln und dabei schon Jugendliche in den Dienst eines sozialpädagogischen Projekts zu stellen, das auf einer zweifelhaften theoretischen Grundlage steht.

Der amerikanische Mediziner John Money war einer der Ersten, die wissenschaftlich zu beweisen versuchten, dass Geschlecht nur erlernt ist, er war einer der Pioniere der Gender-Theorie. Money ging bei seiner Forschung nicht zimperlich vor: Im Jahr 1967 unterzog er den knapp zwei Jahre alten Jungen Bruce Reimer einer Geschlechtsumwandlung; dessen Penis war zuvor bei einer Beschneidung verstümmelt worden. Schon bald zeigte sich, dass sich die Realität nicht Money's Theorie beugen wollte. Schon als kleines Kind riss sich Brenda, wie Bruce nun hieß, die Kleider vom Leib, um Mädchenspielzeug machte sie einen weiten Bogen. Als Brenda mit 14 erfuhr, dass sie als Junge auf die Welt gekommen war, ließ sie die Geschlechtsumwandlung rückgängig machen. Im Frühjahr 2004 erschoss sich Bruce Reimer mit einer Schrotflinte.

Noch heute führt jede neue Studie über die Gründe für das unterschiedliche Verhalten der Geschlechter zu heftigen Debatten. Das liegt vor allem daran, dass es eine politische Frage ist, ob Natur oder Kultur den Menschen zu Mann oder Frau macht. Würden Gene und Hormone das Verhalten der Menschen steuern wie eine Fernbedienung, dann könnten Gegner einer echten Gleichstellung der Geschlechter es zu einer Art Naturgesetz erklären, dass Frauen ihr Leben in Sorge um Kind und Heim verbringen müssen. Das erklärt wiederum, warum viele Feministinnen und Gender-Theoretiker so vehement bestreiten, dass es überhaupt einen Unterschied gibt zwischen Mann und Frau außer Penis und Vagina. Sie fürchten, dass alles andere als Rechtfertigung benutzt wird, um Frauen Rechte und Lebenschancen vorzuenthalten.

Die wohl einflussreichste und radikalste Vertreterin der Gender-Theorie ist die im kalifornischen Berkeley lehrende Pro-



Mediziner Money

Die Realität beugt sich nicht der Theorie

fessorin Judith Butler. Für Butler ist die Geschlechtsidentität der meisten Menschen eine Fiktion, eine „Komödie“, die aufzuführen sie von frühester Kindheit an eingebläut bekommen. Das Zusammenleben von Mann und Frau und das sexuelle Begehren zwischen den unterschiedlichen Geschlechtern betrachtet sie als Ausdruck eines perfiden Repressionssystems, der „Zwangsheterosexualität“.

Es ist leicht, Butler für das Produkt eines etwas überdrehten amerikanischen Universitätsbetriebs zu halten. Aber das hieße, ihre Wirkung zu unterschätzen. An jeder der zahlreichen deutschen Hochschulen, die Gender-Studien anbieten, gehört Butler zum Kanon, und für die Studenten bieten sich immer mehr Möglichkeiten, das Erlernte in die Praxis umzusetzen.

Den Gender-Theoretikern ist es gelungen, aus ihrer akademischen Nischendisziplin ein bürokratisches Großprojekt zu machen.

Bis in die Provinz sind die Gender-Arbeiter schon vorgedrungen. Für die Dorferneuerung von Jützenbach, einer 550-Einwohner-Gemeinde im Südharz, gab das Erfurter Landwirtschaftsministerium einen „Gender-Check“ für 15 000 Euro in Auftrag, der unter anderem zu der Erkenntnis führte, dass in der freiwilligen Feuerwehr nur eine einzige

Frau Dienst tut. Die Freiburger Stadtverwaltung hat einen Leitfaden für Erzieher herausgegeben, damit „negativen Einwirkungen jungmännlicher Dominanz“ schon im Kindergarten begegnet wird.

Kaum ein Bürger weiß, was Gender Mainstreaming heißt, die deutschen Staatsdiener aber bekommen immer ausgeklügelte Leitfäden dazu auf den Tisch, es gibt Pilotprojekte, Lehrgänge und Machbarkeitsstudien. An der Berliner Humboldt-Universität hat die Regierung eigens ein

„Kompetenzzentrum“ eingerichtet, in dem acht Wissenschaftler darüber wachen, dass Gender Mainstreaming korrekt in den Staatskörper eingepflanzt wird. In jedem Berliner Bezirksamt hängt am Schwarzen Brett inzwischen ein Fortschrittsbericht der „Gender-Geschäftsstelle“.

Vor allem der Bund sorgt dafür, dass die Experten zu tun haben. Das Verkehrsministerium zahlte 324 000 Euro für das Papier „Gender Mainstreaming im Städtebau“, und dabei kam unter anderem heraus, dass sich die Herren der Stadt Pulheim bei Köln gern eine Boulebahn beim Neubau des Stadtgartens wünschen. Das Bundesumweltministerium hat 180 000 Euro für die Studie „Gender Greenstreaming“ übrig, zu deren Ergebnissen gehört, dass es geschlechterpolitisch sinnvoll wäre, wenn es auch mal „Motorsägenkurse für Frauen“ gäbe.

Und das nächste Projekt steht schon auf der Tagesordnung. Seit März liegt im Bundesfamilienministerium eine „Machbarkeitsstudie Gender Budgeting“, sie hat 180 000 Euro gekostet, der Haushalt etlicher Ministerien wurde dafür untersucht. Würde es umgesetzt, müsste jeder einzelne Finanzposten danach abgeklopft werden, ob er geschlechterpolitisch korrekt ausgegeben wird. Es wäre der Sieg der Bürokratie über die Vernunft, denn es ist schwer zu klären, ob nun eher Frauen oder Männer einen Vorteil haben, wenn die Regierung Steinkohlesubventionen zahlt oder einen neuen Kampfhubschrauber bestellt.

Inzwischen dämmert es einigen in der Union, dass ein Projekt wie Gender Mainstreaming kaum mit der Programmatik einer konservativen Partei zu vereinbaren ist. „Ich frage mich wirklich, ob wir damit den richtigen politischen Schwerpunkt setzen“, grummelt der Unionsfraktionsvize Wolfgang Bosbach. Bisher war es immer Position der Union, sich aus dem Privatleben der Menschen möglichst herauszuhalten; sie wollte den Staat nach ihrem Willen formen, aber nicht die Bürger.

Ursula von der Leyen hat sich eine Doppelstrategie überlegt, um der Kritik auszuweichen. Öffentlich wird die Ministerin das Wort Gender Mainstreaming nicht mehr in den Mund nehmen, in einer Leitungsbesprechung in ihrem Haus wurde verfügt, dass künftig die Formel „Gleichstellungspolitik als Erfolgsstrategie“ zu verwenden sei. Aber das ändert nichts an ihrer Linie.

Wer den „Newsletter zu Gleichstellungspolitik“ des Ministeriums abonniert, findet unter der Rubrik „Neues aus dem GenderKompetenzZentrum“ weiterhin regelmäßig Erfolgsmeldungen. Von der Leyen hat schon zu Beginn ihrer Amtszeit klargemacht, dass sie sich im Gegensatz zur Kanzlerin nicht mit einer Politik der kleinen Schritte begnügen will. „Ich möchte in diesem Land etwas bewegen“, sagte sie.

RENÉ PFISTER



Professorin Butler

Radikale Vertreterin